

(Abg. Wiener.)

(A) die Sie vorhin gehalten haben, doch den Beweis geführt haben, daß Sie der Gewerbefreiheit keineswegs huldigen, sondern dem schlimmsten Zwange, den ich mir denken kann. Sie nennen sich eine Partei der Freiheit, und doch huldigen Sie dem schärfsten Zwange; Sie wollen die freie Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte, und doch knebeln Sie Andersdenkende im gewerblichen Leben in der schärfsten Weise; Sie wollen freie Menschen heranbilden, und doch treiben Sie Gesinnungsnotzucht.

(Zuruf links: Das haben Sie sich gut notiert!)

Das habe ich mir notiert, weil ich es Ihnen ganz genau vorhalten wollte. Nun, meine Herren, die Art, wie Sie in den Gewerkschaften gegen die selbständigen Elemente vorzugehen pflegen, wird sich bitter rächen. Sie werden durch dieses Vorgehen nur erreichen, daß sich die selbständigen Elemente dagegen zusammenschließen müssen, daß sie Ihnen mit gleicher Münze dienen müssen und daß der Staat, will er sich nicht selbst aufgeben, gesetzliche Maßnahmen schaffen muß, um Ihrem terroristischen Vorgehen die Spitze abzubreaken. Gerade die Erhaltung unseres gewerblichen Mittelstandes ist eine so große Frage, daß sie von allen bürgerlichen Parteien und von der Regierung in der ernstesten Weise in Angriff genommen werden muß. Was nützen uns die schönen Reden, die wir an den drei Tagen der Statberatung hier gehört haben, was nützen uns die Versicherungen, die wir von allen Seiten zu hören bekommen haben, daß dem Mittelstande geholfen werden soll, wenn Sie nicht auf der anderen Seite bereit sind, die Basis, auf der der gewerbliche Mittelstand allein entsprechend arbeiten kann, zu erhalten und zu verstärken? Da hat uns der Herr Kultusminister gesagt wir sollten dafür sorgen, daß wir unsere Söhne dem Handwerkerstande erhielten. Ich darf versichern, daß wir auf allen unseren Vereinstagen unsere Leute in dieser Beziehung scharf machen, daß sie ihre Söhne ihrem althergebrachten Handwerk erhalten. Wenn das aber bis jetzt leider nur geringen Erfolg gehabt hat, so liegt das zum wesentlichen auch daran, daß heute die Grundbedingungen für die gedeihliche Weiterentwicklung unseres Handwerkes noch nicht in genügender Weise vorhanden sind. Deshalb ist es notwendig, diese Grundlagen, diese Voraussetzungen zu verstärken, damit es der Handwerksmeister noch verantworten kann, seine Söhne seinem ererbten Handwerk zuzuführen.

Der Herr Abg. Schulze hat auch bei der Statberatung vornehmlich ausgeführt, daß der gewerbliche Mittelstand, vor allen Dingen der Handwerkerstand, schon aus dem Grunde nicht mehr existenzfähig sei, weil die ökonomischen

Gesetze gewissermaßen seinen Ruin verlangten. Ich will heute auf diese vielleicht in verschiedener Richtung interessante Rede nicht eingehen, ich werde vielleicht bei anderer Gelegenheit Veranlassung nehmen, darauf zu antworten. Das eine aber möchte ich dem Herrn Abg. Schulze entgegenhalten: seine Beweisführung trifft nur zu, wenn die Regierung, die gesetzgebenden Körperschaften und die bürgerlichen Parteien sich ihrer Verpflichtungen und ihrer Aufgaben nicht in der vollen Weise bewußt sind, nur dann treffen die Schlußfolgerungen und die Beweisführung zu, die uns der Herr Abg. Schulze am zweiten Tage der Statberatung vorgetragen hat.

Es ist dann von dem Herrn Abg. Feldt und später von dem Herrn Abg. Krause hervorgehoben worden, wenn wir eine rechte Mittelstandspolitik treiben wollten, so müßten wir vor allen Dingen dafür sorgen, daß das Koalitionsrecht noch mehr erweitert werde, denn wenn der Arbeiter mehr Lohn bekomme — er spare doch diesen Lohn in der Regel nicht, er gebe ihn wieder aus —, dann werde der gewerbliche Mittelstand davon Nutzen haben. Ich frage: Wer hat heute bei der Beratung davon gesprochen, daß wir den Arbeitern nicht einen höheren Lohn zubilligen wollten? Wir sagen: wir billigen dem Arbeiter zur Erreichung höheren Lohnes das Koalitionsrecht, den Streik vollständig zu. Wir wollen nur verhüten, daß bei dieser Betätigung das gesetzliche Maß überschritten wird, wir wollen verhindern, daß durch Anwendung von Zwangsmaßnahmen diese Forderungen erreicht werden. Also wir sind keineswegs Gegner höherer Löhne. Ich habe vorhin schon ausgeführt, daß wir es bei uns durchgeführt haben, daß wir in den letzten zehn Jahren eine 50 bis 100 prozentige Lohnerhöhung haben eintreten lassen.

Weiter haben die Herren Borredner ausgeführt, daß es unbillig sei, daß bei Aussperrungen auch solche mit getroffen würden, die mit ihrem Arbeitsverhältnis zufrieden gewesen seien. Ich möchte darauf hinweisen, daß Sie das doch zunächst einmal den arbeitswilligen Gesellen gegenüber anwenden möchten. Wie zahllose Beispiele können wir anführen, daß die Gesellen vollständig mit Lohn und Arbeitsbedingungen zufrieden gewesen sind, daß sogar die Organisationen — die Briefe können Sie bei mir sehen — an die Meister geschrieben haben, daß sie wüßten, daß ihre Gesellen mit den Löhnen und Arbeitsbedingungen zufrieden seien, daß sie recht gut aufgehoben seien, aber aus Prinzip müßten sie verlangen, daß die Meister die Forderungen anerkennt! Hieraus geht doch hervor, daß es vor allen Dingen von Ihrer Seite verschuldet wird, daß ganz unbeteiligte Dritte in